



Keine Heizung, kein fließendes Wasser, keine Müllentsorgung! Bewohner*innen eines Mietshauses wehren sich wiederholt gegen kalte Räumung

Der Vermieter des Wohnhauses nahe zum S-Bahnhof Schöneweide versucht, die rechtmäßigen Mieter*innen durch den Entzug essentieller Versorgungsleistungen zum Auszug zu drängen. Das Haus soll nach dessen Willen weiter verwahrlosen. Der Vermieter entzieht sich jeglicher Verantwortung, das Bezirksamt reagiert viel zu zögerlich und inkonsequent, obwohl der Schutz der Mieter*innen zuvorderst stehen sollte.

Die Vermieter-Willkür geht weiter, eine Amtsstelle macht sich scheinbar unfreiwillig zum Komplizen: Die Bewohner*innen des Hauses haben inzwischen schon seit knapp drei Wochen kein fließendes Wasser, eine nicht funktionierende Heizung und keine Müllentsorgung. Der Vermieter ließ widerrechtlich den Wasserzähler ausbauen. Die Mülltonnen vor dem Haus wurden angeblich auf Anweisung des Tiefbauamtes abtransportiert, mit der Folge, dass sich die Säcke vor dem Haus türmten. Inzwischen haben die Bewohner*innen Eigeninitiative ergriffen und den Müll in den Hof gebracht. Dort wächst der Berg nun weiter.

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick ließ als Notbehelf ein Steigrohr installieren, wo sich die Menschen nun mühsam Wasser in Kanister und Flaschen abfüllen. Weiterhin aber besteht keine Duschköglichkeit zuhause, kein Wäschewaschen ist möglich!

Fast lapidar dagegen erscheinen weitere Mängel. So funktioniert die Klingelanlage nicht, ebenso der Aufzug, die Mieter*innen besitzen keine Schlüssel zu ihren Briefkästen. In Fluren und Treppenhäusern sammelt sich zuweilen Dreck, eigeninitiierte Reinigungen durch die Bewohner*innen versuchen dem entgegenzutreten. Für Beschwerden fehlt es an erreichbaren Ansprechpersonen.

Im Haus wohnen fast durchweg Familien mit Migrationsgeschichte, darunter auch viele Roma*-Familien. Die verschärfte Situation auf dem Wohnungsmarkt trifft sie ganz besonders. Ihre prekäre Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Unklarheiten im Hinblick auf ihre Rechte als EU-Bürger*innen sowie rassistische Diskriminierung führen dazu, dass sie besonders häufig Opfer von Ausbeutung auf dem Wohnungsmarkt und von unsicheren Wohnbedingungen werden.

Ein früherer zentraler Ansprechpartner für das Haus, Matteo Colusso, ist für die Mieter*innen abgetaucht. Er fungierte zuletzt als Geschäftsführer von IPG V GmbH, der die Immobilie gehört – oder gehörte? Derzeit ist er bei etwa einem Dutzend Unternehmen als Geschäftsführer gelistet. Zuweilen taucht sein Name im Zusammenhang mit Mietproblemen auf. Es soll auch einen Hauptmieter geben, der noch letztes Jahr angab, das Haus sanieren und der Stadt zur Miete anbieten zu wollen. Sogar eine Verwaltung soll existieren, nur nicht für die Bewohner*innen.

Jener Hauptmieter trat zuletzt sehr aggressiv gegenüber Bewohner*innen auf, beschuldigte sie erneut, keine gültigen Mietverträge zu besitzen. Ein Anwalt der asum Mieterberatung hatte



jedoch bereits letztes Jahr, als sich die Bewohner*innen schon einmal eines massiven Versuchs einer kalten Entmietung erwehren mussten, viele der Mietverträge im Haus geprüft und befand sie für gültig. Ihre Befristungen hätten keinerlei Wirkung.

Wir fragen uns, wie es sein kann, dass ein Vermieter derart skrupellos vorgehen kann und dennoch fleißig weiter die von Jobcenter und Sozialamt übernommenen Mietkosten kassiert.

Die Situation erinnert stark an die Vorgehensweisen im Fall des Wohngebäudes in der Straße der Pariser Kommune (<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1169063.verdraengung-ende-einer-horrorstory.html>): auch hier wurden Bewohner*innen mit unlauteren Mitteln nach und nach aus dem Wohnraum verdrängt, hier zugunsten eines klassischen Investorenprojekts.

Am gestrigen Freitagnachmittag fand im Hof der Wohnanlage eine Hausversammlung statt. Die Bewohner*innen sind wütend, auch verunsichert, um das Wohl ihre Kinder besorgt. Viel zu lange müssen sie nun schon in diesen unzumutbaren Zuständen ausharren. Doch für sie ist klar: sie wollen sich nicht verdrängen lassen! Das ist ihr Haus, in die Schule nebenan gehen ihre Kinder. Sie wünschen sich endlich wirkungsvolle Maßnahmen durch den Bezirk, um wieder vollumfänglich wohnen zu können. Sie fordern Informationen und eine adäquate Ansprache, sowohl von Vermieter- wie von Bezirksseite.

Am Montag, den 25.02. soll um 10:30 Uhr eine Begehung der Immobilie durch die Bau- und Wohnungsaufsicht des Bezirksamts Treptow-Köpenick stattfinden, „zum Zwecke von Feststellungen im Rahmen der derzeitigen Situation“, um Mängel in den Wohnungen und am Gebäude festzustellen. Für viele Bewohner*innen klingt das undurchsichtig bis beängstigend – insbesondere in ihrer sehr angespannten Situation erwarten wir eine sensiblere Ansprache, keinen Verwaltungsakt. Vor allem aber: Diese Maßnahme kommt eindeutig zu spät!

Wir fordern vom Bezirk:

+ zielführende Sofortmaßnahmen, um die Wohnungen wieder vollumfänglich bewohnbar zu machen. Wie lange müssen die Hausbewohner*innen noch warten bis sich etwas tut?

+ Durch Ersatzvornahmen müssen die drängendsten Probleme wie Wasser, Heizung und Müll behoben werden.

+ Sollten Familien über die Soziale Wohnhilfe in eine andere Unterkunft wechseln wollen, müssen sie auf Wunsch ohne Umstände wieder zurück in ihre Wohnungen ziehen können.

Von den Bezirken und dem Land Berlin fordern wir:

+ Die Bezirke und der Senat für Stadtentwicklung müssen endlich eine wirkungsvolle Handhabe gegenüber derartigen Entmietungsstrategien von Problemvermietern entwickeln, zum Beispiel über das Zweckentfremdungsgesetz. Es bedarf also faktisch einer zumindest zeitweisen Enteignung, um grundlegende Mieter*innenrechte vollumfänglich zu wahren.

Von Land und vom Bund fordern wir:

+ gegen die Mietpreis- und Bodenspekulation endlich wirkungsvoll vorzugehen und ein massives Bauprogramm für dauerhafte gesicherte soziale Wohnungen aufzusetzen.